

## Warum unterstützen die „Scientists4Future“ die Demonstration gegen das Kohleausstiegsgesetz?

Scientists for Future Regionalgruppe Trier; Prof. Dr. – Ing. Christoph Menke, Hochschule Trier, 6.7.2020

### **Wir unterstützen die Demonstration, weil das Kohleausstiegsgesetz wesentliche Defizite aufweist!**

- 1. Ein Kohleausstieg ist bis 2030 statt 2038 notwendig um die Pariser Klimaziele einzuhalten!**  
Gemäß Pariser Abkommen ist ein klimaphysikalisch und verteilungsethisch gut begründbares CO<sub>2</sub>-Budget für Deutschland ca. 6,7 Gt CO<sub>2</sub>. Um das Klima schnell wirksam zu schützen, müssen Maßnahmen mit geringen Vermeidungskosten und sehr hohen Einsparungseffekten sofort ergriffen werden. Ein schneller Kohleausstieg ist dabei wesentlich einfacher und volkswirtschaftlich günstiger als die Reduzierung von Treibhausgasen in anderen Branchen, z.B. dem Verkehrssektor oder der Stahl- oder Zementindustrie. Eine volkswirtschaftlich verträgliche und mit den internationalen Klimaschutzziele kompatibel Minderung der Emissionen lässt sich nur mit einem Kohleausstieg bis etwa 2030 realisieren.
- 2. Der Kohleausstieg kann kostengünstiger und effektiver gestaltet werden, als im Gesetzentwurf vorgesehen!**  
Auch ohne Gesetz (Ausgleichszahlungen und Entschädigungszahlungen) würde der Anteil des Kohlestroms weiter stark sinken, weil Strom aus Erneuerbaren und Gaskraftwerken wegen gestiegener CO<sub>2</sub> Emissionszertifikaten preiswerter ist.  
Rückgang der Nettostromerzeugung: 1.Hj 2020 bei Braunkohle - 36% (zu 2019), bei Steinkohle - 46 % (zu 2019). **Somit waren es im 1.Hj 2020 nur noch 20 %; in 2019 noch 29 %; in 2018 noch 37%!**
- 3. Ausbau von Photovoltaik und Windkraft, statt von fossilen Gaskraftwerken ist geboten!**  
Die Bundesregierung plant die Umstellung von Kohle- auf Gaskraftwerke finanziell zu fördern, deren Emissionen bei Betrieb mit Erdgas aus Fracking Gebieten nicht viel besser sind als die von Kohlekraftwerken! Statt neue Gaskraftwerke muss der Ausbau der erneuerbaren Energien forciert werden. Viele Studien zeigen, dass die Versorgung von Deutschland und Europa mit 100% Strom und Wärme aus erneuerbaren Energiequellen langfristig wirtschaftlich gewährleistet werden kann. Hierzu muss der Ausbau der Photovoltaik und der Windkraft in Deutschland vervielfacht werden (z.B. bei PV 5 x wie bisher geplant). Hiermit würden auch rund 200.000 neue zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen, während durch den Braunkohleausstieg etwa 18.500 Arbeitsplätze wegfallen.
- 4. Die Entschädigungszahlungen sind rechtlich nicht zwingend**  
Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages (2018) sagt, dass bei Stilllegung von Kohlekraftwerken kein generelles Recht darauf besteht, von gesetzlichen Neuregelungen ausgenommen zu werden, bis sich einmal getätigte Investitionen vollständig amortisiert haben. Im vorliegenden Entwurf zum Kohleausstiegsgesetz wurde dies nicht.
- 5. Es gibt keine energiewirtschaftliche Notwendigkeit für weitere Zwangsumsiedlungen**  
Der Tagebaukomplex Garzweiler-Hambach mit über 700 Millionen Tonnen hat eine ausreichende Menge Kohle ohne weitere Umsiedlungen. Um ein auf Deutschland berechnetes Treibhausgasbudget einzuhalten, das einer Beschränkung der globalen Erhitzung auf maximal 1,75 Grad entspricht, dürfen aus den Tagebauen Hambach und Garzweiler II ab Januar 2020 nur noch maximal 280 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert werden.
  - ⇒ **Daher fordern wir den Verzicht auf das Kohleausstiegsgesetz, denn auch ohne Gesetz würden die Kohlekraftwerke sehr schnell aus dem Markt gedrängt werden!**
  - ⇒ **Statt Subventionen für Kohlekraftwerke fordern wir einen sofortigen und ambitionierteren Ausbau der erneuerbaren Energien!**
  - ⇒ **Deshalb unterstützen wir die Demonstration der FFF gegen das Kohleausstiegsgesetz!**Quelle: <https://www.scientists4future.org/defizite-kohleausstiegsgesetz-kvbg-e/>